

Nach uns kommt die Sintflut

Der Süden Floridas mit seinen schönen Stränden und Städten zieht Rentner, Touristen und Investoren an. Bisher wollten die Küstenbewohner nicht wahrhaben, dass Teile der Halbinsel bald im Meer verschwinden könnten. Kürzlich erhielten sie einen Vorgeschmack auf die Zukunft.

THOMAS SPANG/MIAMI

Ein Haus im mediterranen Stil am Wasser und Palmen in der Einfahrt. So sieht der Traum von der Pensionierung aus, den sich George und Kathleen McLaughlin an der sonnigen Westküste von Florida erfüllen wollten. Von hier aus ist es nur ein Katzensprung zu den schneeissen Sandstränden von Clearwater und der kunstbeflissenen Südwestmetropole St. Petersburg. «Sehr viel besser geht es nicht», dachte das Ehepaar, als es im Sommer 2012 den Kaufvertrag für die schicke Immobilie unterschrieb.

Die böse Überraschung kam im folgenden Oktober mit der Post. Ein Brief der Nationalen Flutversicherung kündigte den McLaughlins an, ihre Prämie werde sich von 3300 Dollar im Jahr auf 24300 Dollar erhöhen. «Ich dachte, das war ein Tippfehler», erzählt der Finanzberater. Die siebenfache Beitrags-Erhöhung musste ein Irrtum sein.

Tatsächlich hatte alles seine Richtigkeit. Der astronomische Anstieg war die Konsequenz einer gerade beschlossenen Gesetzesänderung. Diese zielt darauf ab, Hausbesitzer an dem tatsäch-

lichen Standort-Risiko zu beteiligen. Mit der Reform sollte die Solvenz der Versicherung wiederhergestellt werden, die nach den Stürmen «Katrina» und «Sandy» ein Defizit von zuletzt 20 Milliarden Dollar vor sich herschob.

Der Versicherungs-Schock

Überall entlang der Küsten und Flüsse der USA erhielten Hausbesitzer Post mit neuen Prämien. McLaughlin hat zwei Worte, die beschreiben, was Hunderttausende Betroffene empfanden: «Versicherungs-Schock». Das Ehepaar aus Maryland fand heraus, «dass unser Haus über Nacht unverkäuflich wurde und es keinen Sinn macht, darin zu investieren». So ging es auch vielen Normalverdienern, die sich mit ihren Häusern in plötzlich neu bewerteten Gebieten wiederfanden. Die 33000 betroffenen Immobilien im Grossraum St. Petersburg haben einen Verkaufswert von durchschnittlich 132245 Dollar.

«Pinellas County ist Ground Zero», weiss Daren Bloomquist, Vizepräsident des Immobilien-Spezialisten Realtytrack, das auf seiner Webseite demnächst über die Kosten für die Flutversicherung angebotener Objekte in-

formieren will. Auch Bill Welch, der seit 35 Jahren Immobilien an den Traumstränden vor St. Petersburg verkauft, versteckt vor Interessenten nichts. «Wir haben in kurzer Zeit acht bis neun Abschlüsse verloren», berichtet der Makler, dem Käufer absprangen, nachdem sie von den neuen Versicherungsprämien gehört hatten. So sieht es aus, wenn der Markt die tatsächlichen Kosten von Umweltschäden einspeist.

Ideologische Grabenkämpfe

Frank Jackalone vom Sierra Club – einer der grössten Naturschutzorganisationen der USA – zeigt Verständnis für betroffene Hausbesitzer. Andererseits könne es so nicht weitergehen. «Das ist ein Warnschuss», meint Jackalone, der auf den neuen Bürgermeister Rick Kriseman in St. Petersburg hofft. «Gewisse Politikerinnen und Politiker denken in die richtige Richtung». Und die laute: Abbau von CO₂, dem Hauptverursacher des Treibhauseffekts.

Während in der amerikanischen Politik noch immer ideologische Glaubenskriege über den Klimawandel geführt werden, sind die Erkenntnisse der Wissenschaft eindeutig. Bestimmte nega-

tive Konsequenzen aus dem Abschmelzen der Pole und der Ausdehnung der erwärmten Ozeane lassen sich nicht mehr gänzlich zurechtbiegen.

In Miami auf der Ostseite Floridas stehen schon heute bei jedem grösseren Regen die Strassen unter Wasser. Lokalpolitiker verbreiten dennoch Optimismus. «Miami Beach ist die erste Stadt in Florida, die einen Sturm-Masterplan in Kraft gesetzt hat», heisst es. Was Amsterdam könne, sei auch hier möglich. Harold Wanless, Klimaforscher an der University of Miami, hält das für eine Illusion. «Die Stadt wird versinken», sagt er voraus. Und mit ihr Milliarden an Investitionen aus Südamerika und Russland, die den Bau-Boom anheizten. «Es ist nicht die Frage ob, sondern nur wann.»

Zurück in der Bucht von Tampa orakelt auch Wolfgang Ruch über nahendes Unheil. «Wir sind längst überfällig für einen Jahrhundertsturm», meint der deutsche Geschäftsmann, während er mit seinem Jeep über eine Brücke fährt, die zwei vorgelagerte Inseln miteinander verbindet. Auf der anderen Seite stehen gleich reihenweise Millionen-Villen am Wasser zum Verkauf. «Die will keiner

haben», weiss Ruch. «Die Versicherung ist oft teurer als die Finanzierung.»

Wie bei Rauchern

Während er nach dem Platzen der Immobilienblase 2007 das geschmackvolle «South Beach» Apartment-Hotel zum Schnäppchenpreis erwarb, sieht der Selfmade-Mann aus Vlotho in der jetzigen Krise wenig Potenzial. Eine Karte im Magazin «National Geographic» überzeugte ihn, dass sein Hotel und die Villen «in 50 bis 100 Jahren nicht mehr da sein werden». Ein Umdenken der Bewohner des Sonnenstaates kann er trotzdem nicht feststellen. Es sei wie bei Rauchern. «Die Leute wissen um die Krebsgefahr ihres Lasters, aber sie glauben, sie selber seien immun.»

Erst recht, nachdem der Kongress im März die Reform der Flutversicherung nachbesserte und die Anpassung der Prämien verträglicher gestaltete. Die Immobilien bleiben damit weiterhin unverkäuflich, zwingen ihre Besitzer aber nicht gleich in den Bankrott. Das Problem ist damit nur verschoben. In der amerikanischen Politik wie im Süden Floridas gilt die Devise: «Nach uns die Sintflut.» Sprichwörtlich.



Trügerische Idylle in Miami mit Stränden, Swimmingpools und Wolkenkratzern. «Die Stadt wird versinken. Die Frage ist nicht ob, sondern nur wann», sagen Klimaforscher.

Bild: fotolia

Pazifikinseln kämpfen gegen den Untergang

Der Klimawandel bedroht nicht nur Florida: Für die Inselstaaten im Pazifik hat die Erderwärmung schon heute gravierende Konsequenzen. Fischbestände sind gefährdet, Nahrungsknappheit droht. Nun rufen die kleinen Staaten die Klimasünder der Ersten Welt mit deutlichen Worten zum Handeln auf.

ELIO STAMM/HONIARA

Die Menschen auf Luanua am nördlichen Ende der Salomoninseln sind verzweifelt. Auch wenn ihr Dorf noch nicht im kristallblauen Pazifik zu versinken droht und der Sand schneeweiss glänzt wie immer: Die Klimaerwärmung ist für die 1200 Bewohner Luanuas längst bittere Realität. Der Salzgehalt in ihrem Boden nimmt stetig zu. Die Süsskartoffeln in ihren Gärten wachsen nicht mehr auf dieselbe Grösse, wie sie dies früher taten. Das macht Angst auf einem Atoll, das sämtliche importierten Lebensmittel erst nach einer zweitägigen Schiffsfahrt erreichen.

Vor ein paar Monaten haben die Luanuaner den Premierminister der Salomonen, Gordon Darcy Lilo, darum gebeten, einen Umsiedlungsplan zu entwerfen, ehe es zu spät ist. Lilo wiegelte

ab, anerkannte aber: «Mittelfristig müssen wir uns darüber Gedanken machen.» Den Luanuanern mag es nur ein kleiner Trost sein, dass sie nicht allein sind. Rund zehn Millionen Menschen leben insgesamt auf den kleinen Atoll- und Inselstaaten im Pazifik. Sie gehören weltweit zu jenen, die am stärksten von der Klimaerwärmung betroffen sind.

Thunfischschwärme schwimmen weg

Studien zeigen, dass nicht nur der steigende Wasserpegel und vermehrte Naturkatastrophen wie verheerende Stürme bedrohlich sind. Auch die Fische, die grösste Proteinquelle der Inselbevölkerungen, wird stark vom Klimawandel betroffen sein. Im Ministaat Kiribati macht die Fischerei, hauptsächlich von Thunfisch, 40 Prozent des Bruttosozialprodukts aus. Die erhöhten Wassertemperaturen dürften die Thun-

fischschwärme in den kühleren östlichen Pazifik abwandern lassen. Dies wird in Staaten wie Papua-Neuguinea, Salomonen, Tuvalu und Kiribati einen wirtschaftlichen Einbruch bedeuten.

Noch dramatischer sind die befürchteten Auswirkungen auf die Küstenfischerei, die der oft als Selbstversorger lebenden Bevölkerung als direkte Nahrungsquelle dient. Die Korallenriffe leiden unter dem wärmeren Wasser, dessen pH-Wert durch die Aufnahme von CO₂ immer «saurer» wird. In Kombination mit den versalzenden Böden und der wachsenden Bevölkerung führt das dazu, dass im Südpazifik eine ernsthafte Nahrungsmittelknappheit droht. Die Menschen sind dort zwar meist arm, aber dank der üppigen Natur in den tropischen Gefilden bisher selten hungrig. Die Inselstaaten schauen der Entwicklung auf jeden Fall nicht

tatenlos zu. Auf Fidschi wird nach Varianten von Pflanzen, Bäumen und Früchten wie Maniok, Taro, Süsskartoffeln oder Bananen gesucht, die den neuen klimatischen Bedingungen gut standhalten. Diverse Staaten wie die Cookinseln oder die Salomonen sind daran, ihren unter Druck geratenen Kleinbauern das neue Saatgut und das Wissen zu vermitteln.

Auswandern ist kein Tabu mehr

Kiribati hat Anfang des Jahres bestätigt, 2400 Hektaren Land auf Fidschi kaufen zu wollen. Gemäss Staatspräsident Anote Tong soll dieses Land nicht der Migration der eigenen Bevölkerung dienen, sondern lediglich dem Anbau von Nahrungsmitteln. Tong räumte jedoch ein, dass man die Augen vor der Realität nicht verschliessen könne. «Migration ist eine Option», sagte Tong, «die

Wissenschaft sagt uns, es sei nur eine Frage der Zeit bis dahin.» Je nach Szenario dürfte sein Land bereits 2050 unbewohnbar sein. Bis es so weit ist, kämpfen die Inselstaaten weiter. Vor einem halben Jahr haben sie sich in Majuro, der Hauptstadt der Marshallinseln, auf eine Deklaration geeinigt, um dem Klimawandel geeint entgegenzutreten. Sie wollen sich nun zum Teil komplett mit erneuerbaren Energien versorgen.

Die Insulaner sind sich aber bewusst, dass ihre Bemühungen nur ein Tropfen auf dem heissen Stein sind. Immer wieder rufen sie die Staatengemeinschaft deshalb auf, die Bemühungen im Kampf gegen die Erderwärmung zu intensivieren. Der Präsident der Marshallinseln, Christopher J. Loeak, dem kürzlich eine Flutwelle den eigenen Garten unter Wasser setzte, sagt: «Es ist Zeit für Taten, nicht für Worte.»